

# Krim-Abstimmung wird nicht überwacht

**Sezession** Die Schweiz als OSZE-Vorsitzende ringt mit der Frage, ob der Urnengang legal ist

VON ANTONIO FUMAGALLI

Am kommenden Sonntag blickt die Welt auf die Halbinsel Krim – mehr noch, als sie es in den vergangenen, turbulenten Tagen bereits getan hat: In einer Referendums-Abstimmung äussert sich die lokale Bevölkerung zur Frage, ob sie sich von der Ukraine abspalten und künftig der Russischen Föderation angehören möchte. Es wird erwartet, dass sich die mehrheitlich russischstämmigen Krim-Bewohner für die Sezession aussprechen – ein Triumph für Russlands Präsident Wladimir Putin.

Als Vorsitzende der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat die Schweiz im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland eine besondere Rolle. Entsprechend vorsichtig äussert man sich im Auswärtigen Amt (EDA) auf die Frage, ob der Urnengang auf der Krim legal ist. «Eine Volksbefragung über den Grad der Autonomie der Krim wäre grundsätzlich denkbar», schreibt das EDA auf Anfrage.

Diese müsse aber auf der Grundlage der ukrainischen Verfassung und in Übereinstimmung mit internationalen Verträgen stattfinden. «Ob diese Voraussetzungen erfüllt sind, ist zurzeit Gegenstand von Abklärungen», so das EDA.

Der frühere Diplomat und jetzige ZHAW-Dozent Max Schweizer sieht die Sachlage eindeutiger: «Das ist ein Pseudo-Referendum ohne völkerrechtliche Legitimation.» Die internationale Gemeinschaft müsse dies der russischen Regierung mit einschneidenden Sanktionen auch zu verstehen geben.

## Keine Aufsicht durch OSZE

Klar ist schon jetzt: Die OSZE, die als Wahlbeobachterin eine lange Tradition genießt, wird die Abstimmung nicht beaufsichtigen. «Dies ist ausgeschlossen. Es liegt keine Einladung der ukrainischen Regierung vor», schreibt das EDA.

Abgesehen von der zu knappen Zeitspanne – das Referendum wurde in weniger als zwei Wochen organi-

siert –, birgt die Frage auch politischen Sprengstoff: Würde sie die Abstimmung beobachten, sähe sich die OSZE dem Vorwurf ausgesetzt, diese zu legitimieren. Generalsekretär Lamberto Zannier sagte gegenüber der italienischen Tageszeitung «Corriere della Sera» denn auch, er glaube nicht, dass das Referendum von der internationalen Gemeinschaft anerkannt wird.

Die Schweiz konzentriert sich nun darauf, eine «Kontaktgruppe» zu bil-

den, in der neben den Direktbeteiligten auch Länder wie Deutschland, Frankreich und Polen Einsitz nehmen könnten. Vorteil: Um die Gruppe zu bilden, ist nicht die Zustimmung aller 57 OSZE-Mitgliedsstaaten erforderlich. Ob die Gruppe fähig ist, die zerfallene Situation auf der Krim zu entwirren, ist aber fraglich. Ex-Diplomat Schweizer: «Was wir derzeit erleben, ist Machtpolitik der reinsten Ausprägung. Da kann die Diplomatie nur indirekt reagieren.»

## SP-BOTSCHAFTER: BUNDESRAT ZUFRIEDEN

Tim Guldemann, der Ukraine-Gesandte von Bundespräsident Didier Burkhalter, **polarisiert** wie kein zweiter Schweizer Diplomat. Mit **markigen Worten** kritisierte das SP-Mitglied bei Referaten und in der Presse das Ergebnis der Zuwande-

rungs-Initiative. Bei der **SVP** kam dies gar nicht gut an: Gleich vier Nationalräte wollten vom Bundesrat wissen, ob er den Botschafter noch für **tragbar** halte. «Ja», antwortete das Auswärtige Amt gestern. Man habe **keinerlei Anlass**,

an Guldemanns Kompetenz zu zweifeln. Bei seinen Auftritten habe er sich als **Privatperson** geäussert. Daran zweifelt wiederum der Aargauer SVP-Nationalrat Maximilian Reimann und kündigt eine **weitere Frage** an den Bundesrat an. (FUM)



«Die Krim ist ukrainisch»: Tataren demonstrieren in Simferopol.

KEYSTONE

# Janukowitsch meldet sich wieder zu Wort

**Krim-Krise** Der entmachtete ukrainische Präsident will erneut eine Erklärung abgeben. Auf der Krim laufen derzeit die Vorbereitungen für den Anschluss an Russland auf Hochtouren.

VON ANDRÉ BALLIN, MOSKAU

Gute Nachricht für alle Anhänger von Viktor Janukowitsch: Der nach Russland geflüchtete ukrainische Präsident ist am Leben. Zuletzt hatte es Spekulationen über einen Herzinfarkt gegeben, einige Medien hatten ihn sogar schon für tot erklärt. Das ist er wohl nur in politischer Hinsicht, denn heute Dienstag will er in der südrossischen Millionenstadt Rostow am Don eine Erklärung zu den jüngsten Ereignissen abgeben.

Die Erklärung wird zwar kaum sein eigenes Schicksal beeinflussen. Selbst Wladimir Putin, der ihm Unterschlupf gewährte und ihn als nach-

wie vor legitimen Präsidenten der Ukraine bezeichnet, räumte ein, dass Janukowitsch «keine reale Macht» und keine Chance auf ein Comeback habe. Doch die Erklärung könnte für den Fortgang der Krise in der Ukraine bedeutend werden.

Bei der ersten Pressekonferenz nach der Flucht hatte Janukowitsch einen Rücktritt abgelehnt und sich bei Russland für das Asyl bedankt. Zugleich hatte er aber auch erklärt, er werde Moskau nicht bitten, Truppen in die Ukraine zu schicken. Wenige Tage später erklärte dann Putin, Janukowitsch Segen für einen möglichen russischen Militäreinsatz zu haben.

Janukowitsch könnte nun einen solchen Einsatz tatsächlich «legitimieren» und Moskau freie Hand in der Ostukraine gewähren, wo der Kreml die russischsprachige Bevölkerung als gefährdet ansieht. Er könnte aber auch mit einer formalen Übergabe seiner Befugnisse an den amtierenden ukrainischen Präsidenten Alexander Turtschinow Putin helfen, sein Gesicht zu wahren und trotzdem Ver-

handlungen mit der bislang von Moskau als unrechtmässig bezeichneten Führung in Kiew aufzunehmen.

Ob eine solche Deeskalation stattfindet, ist fraglich. Das russische Außenministerium warnte den Westen jedenfalls vorsorglich schon mal vor Sanktionen, die auf eine Übernahme der Krim folgen sollen. Sonderbotschafter Kyrill Barski schrieb in der Regierungszeitung «Rossiskaja Gaset», die «Isolierung einer Weltmacht» werde nicht gelingen und verwies auf das Beispiel Chinas, das nach der Niederschlagung des Volksaufstands auf dem Platz des Himmlichen Friedens ebenfalls Sanktionen ausgesetzt war, die nur zu einer Diversifizierung seiner Aussenpolitik geführt hätten.

## Krim lockt mit zwei Pässen

Auf der Krim laufen die Vorbereitungen für den Anschluss an Russland unterdessen auf Hochtouren. Auf den Bahnhöfen wird das Gepäck von Kiew-Reisenden von Kräften der «Selbstverteidigung» wie nach einem Grenzübergang durchsucht. Ukraini-

sche Militärobjekte werden nach wie vor belagert und teilweise übernommen. Alle zentralen ukrainischen Fernsehsender wurden abgeschaltet, an ihrer Stelle sind russische zu sehen. Auch der proukrainische Regionalsender ATR wurde blockiert.

Premierminister Sergej Aksjonow wirbt unterdessen mit liberalen Versprechen für das Referendum. Es werde niemand gezwungen, seinen ukrainischen Staatsbürgerschaft abzugeben, sagte er. Möglicherweise werde es sogar die Möglichkeit geben, zwei Pässe zu besitzen, fügte er hinzu. Den Krimtataren, die mehrheitlich für den Verbleib der Halbinsel bei der Ukraine sind, will Aksjonow den Übertritt zu Russland mit mehreren hohen Posten in der Regierung und einer Quotenregelung bei der Ämtervergabe auf allen politischen Ebenen versüssen.

@ ausserdem zum Thema

Informieren Sie sich online über die laufende Entwicklung in der Ukraine.

# USA verlegen Militärjets nach Polen

VON PAUL FLÜCKIGER, WARSCHAU

Die USA wollen bis Donnerstag 300 Soldaten nach Polen verlegen. Sie sollen an einem seit langem geplanten Manöver teilnehmen. Doch Washington hat die Militärübung angesichts der russischen Aggression auf der Krim ausgeweitet, wie ein Sprecher des polnischen Verteidigungsministeriums bekräftigte. Bisher haben die USA nur gut ein Dutzend Ausbilder in Polen stationiert.

Zu den Truppteilen sollen bald wie möglich 12 F-16-Kampfflugzeuge stossen. Sie sollen Polen dabei helfen, seinen Luftraum besser zu überwachen. Das Nato-Land verfügt über 48 eigene F-16-Kampfflugzeuge. Bereit am vergangenen Donnerstag haben die USA sechs Kampfflugzeuge vom Typ F-15 nach Litauen abkommandiert. Dies sei «die Antwort auf die russische Aggression in der Ukraine sowie erhöhte Militäraktivitäten in Kaliningrad», sagte der litauische Verteidigungsminister Juozas Olksas. Sowohl Litauen wie Polen grenzen an die russische Enklave Kaliningrad.

## Polen und Balten haben Angst

Zum Glück sei Litauen Nato-Mitglied, sagte Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė in Vilnius. Richtig beruhigen vermag sie indes die litauische Öffentlichkeit damit nicht. Vor allem die Medien schüren in den drei Baltischen Staaten, aber auch in Polen und sogar in Weissrussland die Angst vor Russland. «Wird Polen das nächste Opfer sein?» wird unter Anspielung auf eine These über den bei Smolensk abgestürzten polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczynski gefragt. Kaczynski war im Sommer 2008, auf dem Höhepunkt des russischen Vormarsches in Georgien, zusammen mit seinem litauischen Amtskollegen Valdas Adamkus sowie dem damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko aus Solidarität nach Tiflis geflogen und hatte dort erklärt, nach Georgien könnte Russland auch die Ukraine und darauf Polen angreifen.

Kaczynski sollte – zumindest was die Ukraine angeht – recht behalten. Die heutige polnische Regierung, die dem politischen Weltbild des verunglückten Rechtskonservativen keineswegs nahe steht, ging Mitte letzter Woche gar einen Schritt weiter und rief einen dringlichen Nato-Rat zusammen. Warschau verwies dabei auf Artikel 4 des Washingtoner Nato-Vertrags und machte eine Bedrohung der Sicherheit durch Russland geltend. Vilnius schloss sich dem polnischen Konsultationsbegehren sofort an. Erreicht worden sei immerhin, dass die Nato die Lage im östlichen Nachbarland Ukraine täglich und genauestens prüfe, hiess es danach in Warschau.

Zeigte sich die Nato im Bemühen, den Kreml nicht zu provozieren, vorsichtig, so reagierte der Nato-Partner USA sofort. Wenige Stunden, nachdem Verteidigungsminister Chuck Hagel die Ausweitung der gemeinsamen Übungen mit der polnischen Luftwaffe angekündigt sowie Unterstützung für die drei Baltischen Staaten versprochen hatte, landeten im Militärflughafen Zokniai sechs amerikanische F-15-Kampffjets. Sie sollen die Nato-Luftraumüberwachung über den drei Baltischen Staaten unterstützen.

Dort kam es seit dem EU- und Nato-Beitritt Litauens, Lettlands und Estlands zu mindestens 40 Luftraumverletzungen russischer Militärmaschinen. Moskau zeigt damit nicht nur, wie gering es die Unabhängigkeit der drei ehemaligen Sowjetrepubliken schätzt. Es macht auch immer wieder geltend, die russische Minderheit im Baltikum schützen zu müssen. Während in Litauen weniger als zehn Prozent Russen leben, gibt es in Lettland und Estland eine grosse russische und noch grössere russischsprachige Minderheit. Kein Wunder sorgt die Moskauer Rechtfertigung für die russische Militärintervention auf der Krim, wonach die Rechte der Russen bedroht seien, im Baltikum für grosse Unruhe.